

# Sicherheit oder Aufrüstung?

## Europäisch-afrikanische Militärkooperation

*Sabine Lösing und Jürgen Wagner*



**GUE/NGL**

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

# INHALTSVERZEICHNIS

## Einleitung

<b>Teil I: Afrika im Fadenkreuz der EU-Militarisierung</b>	<b>4</b>
<b>1. EU-Interessen I: Afrikas Bodenschätze</b>	<b>5</b>
<b>2. Rohstoffkriege: Das Beispiel Kongo</b>	<b>6</b>
<b>3. EU-Interessen II: Neoliberale Globalisierung, Armut, Krieg</b>	<b>8</b>
<b>4. Globalisierung und Krieg: Pirateriebekämpfung</b>	<b>9</b>
<b>Teil II: Militärkooperation und Afrikanische Sicherheitsarchitektur</b>	<b>10</b>
<b>1. Sicherheitssektorreformen: Aufbau von Repressionsorganen</b>	<b>10</b>
<b>2. Afrikanische Union: Militärbündnis als Sachwalter für EU-Interessen?</b>	<b>13</b>
<b>3. Die Afrikanische Eingreiftruppe</b>	<b>14</b>
<b>4. EU-Entwicklungshilfe für afrikanische Kriegseinsätze</b>	<b>15</b>
<b>5. Afrikanisch-europäische Kriegseinsätze aus einem Guss</b>	<b>16</b>
<b>Fazit</b>	<b>17</b>

*Titelbild: Ausschnitt aus einem Video zur African Peace Facility. Quelle: Peace and Security in Africa: The African Peace Facility  
[http://ec.europa.eu/europeaid/multimedia/videos/peace-facility/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/multimedia/videos/peace-facility/index_en.htm)*



## **Sicherheit oder Aufrüstung? Europäisch-afrikanische Militärkooperation**

Herausgeber der Broschüre sind Sabine Lösing, MdEP und die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.

Redaktionelle Berarbeitung erfolgte durch:  
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.,  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)  
Druckauflage: 1000, März 2011



Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT



Büro Brüssel:  
Europäisches Parlament  
Sabine Lösing  
Rue Wiertz ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 7894  
Fax: 0032-2-284 9894  
Mail: [ota.jaksch@europarl.europa.eu](mailto:ota.jaksch@europarl.europa.eu)  
Mail: [sabine.loesing@europarl.europa.eu](mailto:sabine.loesing@europarl.europa.eu)  
Mitarbeiterin: Ota Jaksch

Bürgerbüro:  
Abgeordnetenbüro Sabine Lösing  
Obere Maschstr. 22  
37073 Göttingen  
Tel.: 0551-50766823  
Fax: 0551-50766838  
Mail: [europabuero-loesing@web.de](mailto:europabuero-loesing@web.de)  
Mitarbeiterin: Julia Focks

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:  
Europabüro Berlin  
Sabine Lösing, MdEP  
Unter den Linden 50  
10178 Berlin  
Tel.: 030-227 71405  
Fax: 030-227 76819  
Mail: [sabine.loesing@europarl.europa.eu](mailto:sabine.loesing@europarl.europa.eu)  
Mitarbeiter: Arne Brix

[www.sabine-loesing.de](http://www.sabine-loesing.de)

# Einleitung

Lange Jahre spielte Afrika in den Überlegungen westlicher Kriegsplaner eine ziemlich untergeordnete Rolle. So stellte etwa 1995 ein Pentagon-Bericht unmissverständlich fest: „Letztendlich sehen wir sehr wenige strategische Interessen in Afrika.“<sup>1</sup> Nur etwas mehr als zehn Jahre später hatte sich diese Einschätzung offensichtlich dramatisch geändert. So betonte die „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“ vom März 2006: „Afrika ist von wachsender geostrategischer Bedeutung und hat für diese Regierung eine hohe Priorität.“<sup>2</sup>

Mit der Gründung des US-Afrika-Kommandos (AFRICOM) im Jahr 2007 wurde dem Kontinent dann erstmals ein eigenes Regionalkommando zugeordnet und so die wachsende Bedeutung untermauert. Offiziell dient das neue US-Kommando der Terrorbekämpfung, bei militär- und regierungsnahen Analytikern wie denen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) wird jedoch zu Recht vermutet, dass andere Motive ausschlaggebend sind: „Verstärkte Anstrengungen im Rahmen der Terrorbekämpfung sind wohl nicht der Hauptgrund für die Einrichtung des AFRICOM. Vielmehr scheinen die Sorgen um die künftige Energieversorgungssicherheit und die Einschätzungen der Rolle Afrikas in diesem Kontext das wesentliche Motiv zu sein.[...] Mit der Einrichtung des AFRICOM verbessert sich die Möglichkeit der Steuerung aller militärischer Aktivitäten der USA auf dem Kontinent. Nicht zuletzt werden die regionalen Einflussmöglichkeiten der USA gestärkt.“<sup>3</sup>

Während die USA seit vielen Jahren ihre militärische Präsenz in Afrika mittels zahlreicher Programme kontinuierlich ausbauen<sup>4</sup>, wird dem Kontinent mittlerweile auch in der Europäischen Union wieder größere Bedeutung zugemessen – teils mit sehr direkten Begründungen. So vertritt etwa Louis Michel, von 2004 bis 2009 EU-Entwicklungskommissar und bis heute Europaabgeordneter, die Ansicht, „dass es legitim ist, die eigenen Interessen auch gegenüber Afrika offensiv zu vertreten. Europa ist keine Heilsarmee, auch wir haben wirtschaftliche Interessen in Afrika.“<sup>5</sup> Die

Mittel, die die Europäische Union anwendet, um ihre „legitimen Interessen“ durchzusetzen, sind vielschichtig. Sie reichen von direkten Militäreinsätzen bis hin zum Aufbau lokaler Streitkräfte, die EU-Belange stellvertretend wahrnehmen sollen. Gerade der letzte Aspekt findet im Rahmen des maßgeblich von der EU vorangetriebenen Aufbaus einer „Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ (African Peace and Security Architecture, APSA) statt, in deren Zusammenhang sich auch die relevantesten Aspekte afrikanisch-europäischer Militärkooperation abspielen. Sie bildet den Kern der EU-Afrika-Beziehungen, wie eine Mitteilung der EU-Kommission zum dritten EU-Afrika-Gipfel zeigt, der Ende November 2010 stattfand. Dort heißt es, der „Aufbau einer afrikanischen Friedens- und Sicherheitsordnung [ist] die bisher erfolgreichste Partnerschaft im Rahmen der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU.“<sup>6</sup>

Tatsächlich trägt diese Sicherheitskooperation aber zu einer flächendeckenden Militarisierung Afrikas bei, wie im Folgenden gezeigt werden soll. Hierfür werden zunächst die Interessen der Europäischen Union in Afrika beschrieben und anhand zweier exemplarischer Beispiele gezeigt, wie diese zum Teil über direkte EU-Einsätze durchgesetzt werden. Anschließend soll dargestellt werden, wie die Europäische Union über die finanzielle und logistische Unterstützung der im Aufbau befindlichen „Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ gezielt Abhängigkeiten schafft, die es ermöglichen sollen, künftig verstärkt lokale Streitkräfte zur Durchsetzung von EU-Interessen einsetzen zu können. Gleichzeitig findet über das so genannte „Bridging-Modell“ eine systematische Verknüpfung von Militäreinsätzen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union (AU) statt, die von ihrer Anlage her ganz den Präferenzen der Geldgeber aus Brüssel entspricht, zur Lösung der Konflikte in Afrika aber wenig beitragen dürfte – eher im Gegenteil, wie zu befürchten steht.

1 Plotch, Lauren: AFRICA Command: U.S. Strategic Interests and the Role of the U.S. Military in Africa, Congressional Research Service, 16.05.2007.

2 The National Security Strategy of the United States, March 2006, S. 37.

3 Kinzel, Wolf/Lange, Sascha: Afrika im Fadenkreuz der USA? SWP-Aktuell 17, März 2007, S. 4.

4 Vgl. für einen Überblick Ploch, Lauren: Africa Command: U.S. Strategic Interests and the Role of the U.S. Military in Africa, Congressional Research Service, 16.11.2010.

5 „Europa ist keine Heilsarmee“, Die Welt Online, 10.04.2007.

6 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Festigung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika. 1,5 Milliarden Menschen, 80 Länder, zwei Kontinente, eine Zukunft, Brüssel, den 10.11.2010 KOM(2010) 634 endgültig, S. 4.



## I. EU-Interessen I: Afrikas Bodenschätze

Ganz wesentlich ist das europäische Interesse an der gesicherten und möglichst billigen Ausbeutung der immensen afrikanischen Rohstoffvorkommen. Dies betrifft vor allem Öl und Gas, aber auch andere wichtige Bodenschätze. Europa und dessen Industrie sind extrem abhängig vom Import von Rohstoffen, von denen viele weltweit knapper werden und um die deshalb die Auseinandersetzungen in jüngsten Jahren zunehmen. So warnte der „Bund Deutscher Industrieller“ (BDI) bereits Ende 2009 lautstark vor einer drohenden „Rohstofflücke“, die zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen führen könne.<sup>10</sup>

Hieraus ergibt sich für Brüssel eine hohe Priorität, sich Zugang zu Bodenschätzen zu verschaffen und deren Zulieferungswege nach Europa unter Kontrolle zu bringen. Unmissverständlich ist etwa die Botschaft von Friedbert Pflüger, ehemals Staatssekretär im Verteidigungsministerium, in einem Beitrag der „Internationalen Politik“, Deutschlands führendem außenpolitischen Magazin. In

ihm prognostiziert er „Eine Ära des globalen Energie- und Rohstoffimperialismus“ und fordert: „Die EU muss den Anspruch erheben, im Bereich Energie und Rohstoffe als Global Player aufzutreten. Es reicht nicht, in Lateinamerika oder Afrika Gender-Projekte zu finanzieren oder Seminare zur kommunalen Selbstverwaltung zu finanzieren. Vielmehr muss die EU lernen, ihre Interessen auf den Schauplätzen der Welt zu definieren und durchzusetzen.“<sup>11</sup>

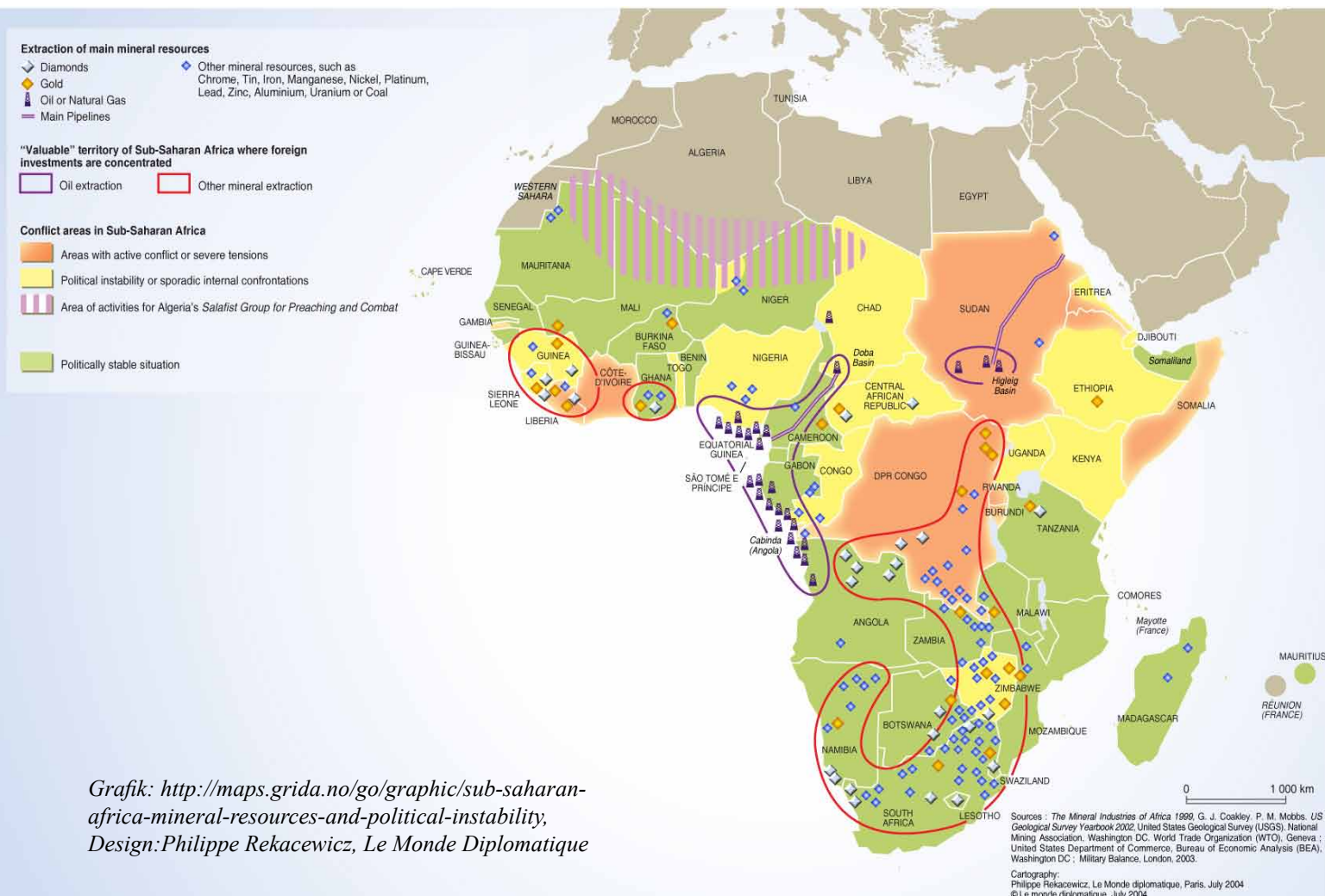
Zu diesem Zweck verabschiedete die Europäische Union Ende 2010 eine neue Rohstoffstrategie, mit der eine Phase der noch aggressiveren Einverleibung fremder Bodenschätze eingeleitet werden soll – nicht zuletzt in Afrika: „Um die Versorgung mit Wolfram, Seltenen Erden und ähnlichen Bodenschätzen auf den internationalen Rohstoffmärkten zu gewährleisten, will die Kommission das Thema in alle Verhandlungen über Kooperationen und Handelserleichterungen mit Drittstaaten aufnehmen. Entwicklungshilfe für arme Herkunftsländer – speziell in Afrika – könnte von Rohstofflieferungen als Gegenleistung abhängig gemacht werden.“<sup>12</sup>

11 Friedbert Pflüger: Eine neue Ära des Energieimperialismus. Für Europa gilt: Von China lernen heißt siegen lernen, in: Internationale Politik Mai/Juni 2010.

12 Tucek, Wolfgang: Oxfam hat wenig Freude mit der EU-Rohstoffstrategie, Wiener Zeitung, 20.11.2010.

10 BDI warnt vor Rohstofflücke, Pressemitteilung 86/2009, 25. August 2009.

## Rohstoffe und Konflikte in Afrika



### Training für EU-Rohstoffkriege: Das Beispiel GEMCO

Seit Langem sind EU-Kriegseinsätze in Afrika konkret ausgeplant worden. Beispielhaft hierfür ist das „Generic European Maritime Concept of Operations“ (GEMCO) aus dem Jahr 2003. In ihm werden Szenarien für EU-Militäreinsätze in Afrika durchgespielt. Eines der Szenarien spielt sich in einer fiktiven Region ab, deren Abbildung verdächtig dem ölreichen Westafrika ähnelt. In der mittlerweile aus dem Internet entfernten Beschreibung des Szenarios heißt es: „Seit einiger Zeit sind Kampfhandlungen zwischen den beiden ethnischen Bevölkerungsgruppen Klins und Therc in Poruee im Gange. [...] Ein Einsatz von Streitkräften unter EU-Führung wird nicht von allen Konfliktparteien akzeptiert; andererseits hat keine Partei einem Einsatz ausdrücklich widersprochen. Die Therc unterstützen offen eine EU-Operation und sind auch bereit, EU-Streitkräfte aufzunehmen. Erste Verhandlungen haben ergeben, dass die EU-Streitkräfte möglicherweise ohne Widerstand in das Einsatzgebiet gelangen können. Gefahr droht durch kriminelle Elemente in Poruee, die robust Widerstand gegen die eigene Regierung leisten und den Einsatz der EU-Streitkräfte ablehnen. Aber auch mit terroristischen Anschlägen muss gerechnet werden.“ Das Szenario endet schließlich mit der Etablierung eines EU-Besatzungsregimes: „Zwei Monate sind nach dem Entschluss des EU-Rats vergangen. Es sind mehr als 50.000 Soldaten an Land stationiert.“ (Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Marine (Hrsg.): Ein europäisches Konzept maritimer Operationen - Die maritime Dimension streitkräftegemeinsamer Operationen im europäischen Rahmen, Mai 2003 zitiert bei Plotzki, Johannes: „Weltweit führen und handeln“. Deutsche Marine, Flottenkommando und EU-Militärpolitik, in: AUSDRUCK (Juni 2006))

Darüber hinaus ist schon lange bekannt, dass die Europäische Union auch bereit ist, Bodenschätze notfalls auch gewaltsam unter ihre Kontrolle zu bringen und deren Transportrouten militärisch abzusichern. Bereits 2004 veröffentlichte das „Institute for Security Studies“ (ISS), die wichtigste EU-eigene Denkfabrik, die Ergebnisse einer hochrangig besetzten Expertengruppe. Unter dem vollen Titel „Europäische Verteidigung: Ein Vorschlag für ein Weißbuch“ wurden zahlreiche EU-Interessen definiert sowie verschiedene militärische Einsatzoptionen präsentiert, um diese gewaltsam durchzusetzen. Als ein solches „vitales Interesse“ wird dort u.a. die „ökonomische Überlebensfähigkeit“ benannt. Die hierfür erforderliche „Mission“ sei der „Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen.“<sup>13</sup>

13 André Dumoulin, Lothar Rühl u.a., European Defence — A Proposal for a White Paper, Report of an independent Task Force, Institute for Security Studies, Paris, Mai 2004.

Da es europäischen (und anderen westlichen) Konzernen zudem in vielen Fällen gelang, sich Zugang zu ausländischen Rohstoffvorkommen zu extrem günstigen Konditionen zu verschaffen, sieht es die EU-Militärpolitik als ihre direkte Aufgabe an, diese vorteilhaften Bedingungen zu erhalten. Progressive Bewegungen, die versuchen, dem Ausverkauf ihres Landes ein Ende zu setzen, werden dabei innerhalb der EU-Eliten teils offen als Bedrohung und demzufolge als Feinde deklariert. Als ein Beispiel, mit welcher schamloser Offenheit hier teils argumentiert wird, lässt sich etwa aus der Zeitschrift „Griephan Global Security“ zitieren, die in Deutschland ein wesentliches Elitenblatt an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Militär darstellt: „Das Problem ist, dass statt Integration die Globalisierung in Wirklichkeit eine Spaltung bewirken könnte, nicht zuletzt aufgrund des wachsenden Wohlstandsgefälles, das damit verbunden ist. [...] Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko‘ im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“<sup>14</sup>

## 2. Rohstoffkriege: Das Beispiel Kongo

Wie bereits erwähnt, beschränken sich die Ambitionen militärischer Rohstoffsicherung nicht allein auf Öl und Gas. Weshalb, hat Jürgen Thumann, ehemals Vorsitzender des „Bundes Deutscher Industrieller“, prägnant auf den Punkt gebracht: „Wenn wir kein Benzin mehr bekommen, fahren unsere Autos nicht mehr. Aber wenn wir keine Metalle mehr bekommen, dann brauchen wir kein Benzin mehr, denn dann haben wir keine Autos mehr.“<sup>15</sup>

Ganz konkret sind europäische Rohstoffinteressen bspw. für die GSVP-Militäreinsätze im Kongo (Artemis 2003 und EUFOR 2006) ausschlaggebend, einem Land, das über große Mengen an Bodenschätzen verfügt (u.a. Coltan, Kupfer, Kobalt, etc.). Dort hatte Joseph Kabila, zwischen 2003 und 2006 Chef einer nicht-gewählten Übergangsregierung, die Rohstoffe des Landes günstig an westliche Konzerne verscherbelt: „Schon anfangs 2007 bildete eine Gruppe von nationalen und internationalen NGOs wieder ein Team, welches sich aufmachte, die letzten Vertragsabschlüsse des kongolesischen Staates mit zwölf internationalen Bergbau-Unternehmen zu studieren. [...] Von den 61 begutachteten ‚Joint Venture‘-Verträgen wurde hier kein einziger als akzeptabel bewertet, 38 hingegen als revisionsbedürftig und 23 als nicht verhandelbar, also aufzulösen. Nicht weniger als zwei Drittel der Verträge waren

14 Bowers, David: Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen, in: griephan global security, Herbst 2007, S. 8-14, S. 10.

15 Blume, Anna/Kaufmann, Stefan: Mein Öl, mein Zink, mein Gold - mein Markt, analyse & kritik, Nr. 516/2007.

*Spanische EUFOR Truppen bei der Absicherung der Wahlen 2006.  
Quelle: EUFOR RD Congo.*



in den Jahren 2003 bis 2006 abgeschlossen worden, also während der Interimsregierung.<sup>16</sup>

Nachdem er zweimal die Wahlen verschieben ließ und dabei Proteste der Zivilbevölkerung unter Todesopfern niedergeschlagen wurden, kam Kabila 2006 um Wahlen nicht mehr herum. Sie waren jedoch so unfair, dass die UDPS als größte zivile Oppositionspartei die Abstimmung von vornherein boykottierte.<sup>17</sup> Dennoch schickte die EU 2.000 Soldaten, 780 davon aus Deutschland. Sie hatten laut Homepage der Bundeswehr offiziell „den Auftrag, die freien Wahlen zu sichern.“<sup>18</sup> Tatsächlich ging es darum sicherzustellen, dass der willfähige Kabila – nun demokratisch „legitimiert“ – an der Macht bleibt und man selbst beim Run auf die Rohstoffe nicht ins Hintertreffen gerät.

Ganz offen erklärte etwa der damalige deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“<sup>19</sup> Noch deutlicher offenbarte Walter Stütze, als Ex-Staatssekretär ehemals einer der höchsten Beamten im deutschen Verteidigungsministerium und damit einer der es wissen muss, die Hintergründe des Einsatzes: „Worum geht es? Afrika ist arm an Wohlstand, aber reich an Bodenschätzen. Vom Erdöl bis zum Uran, von Kobalt über Platin bis Titan - alles, was selten und teuer ist, findet sich in afrikanischer Erde. Unter den afrikanischen Staaten aber ist der Kongo das rohstoffreichste Land – das Land, mit dem größten Potential. Der Wettlauf um die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe ist längst und heftig im Gange, auch im Kongo – Amerikaner und Chinesen gehen

längst planvoller zu Werke als die Europäer. Gegen sie in Afrika den Wettlauf um Einfluß, Macht und Rohstoffe zu verlieren ist für Frankreich undenkbar. Paris ist entschlossen, das Blatt zu wenden. Statt Schauplatz für afrikanische Flüchtlingsdramen zu sein, soll von Europas Küsten künftig Präsenz in Afrika ausgehen. Den Flüchtlingsstrom erst gar nicht entstehen zu lassen, die Bodenschätze dort heben wo sie sich befinden – Afrika-Politik in Afrika betreiben – das ist der Kern der [...] weithin unbeachteten Afrika-Strategie der EU mit dem keineswegs unbescheidenen Titel: ‚Die EU und Afrika: Auf dem Weg zu einer Strategischen Partnerschaft‘. Sechs Ziele nennt die Strategie – auf Platz eins stehen ‚Frieden und Sicherheit‘, - zu erreichen, unter anderem und im Dokument an prominent vorderer Stelle genannt, - mit militärischen Krisen-Einsätzen der Europäischen Union.<sup>20</sup>

„Operation gelungen, Patient fast tot“, könnte man zu den Ergebnissen des EU-Einsatzes sagen. Joseph Kabila gewann die Wahl, sein wichtigster Herausforderer, Jean-Pierre Bemba, musste ins Exil flüchten. Anschließend ging Kabila rasch dazu über, seine Macht zu festigen und ein autoritäres Regime zu etablieren. So kritisierte der renommierte Afrika-Experte Dominic Johnson, die aus den Wahlen „hervorgegangene Regierung ähnelt eher einer Militärdiktatur alten Schlages.“<sup>21</sup> Dennoch baut die Europäische Union derzeit mit zwei weiteren GSVP-Missionen Kabila den Repressionsapparat auf, um sich an der Macht halten zu können - doch hierzu später mehr.

16 Greuter, Susy: Das «Herz der Finsternis» schlägt im Bergbau, afrika-bulletin, Jan./Feb. 2008.

17 Vgl. Marischka, Christoph: Am Congo gibt's Alles! Wie über Wahlen ein Land an die „internationale

Gemeinschaft“ verscherbelt wird, in: AUSDRUCK (Oktober 2006).

18 Kongo: Auftrag erfolgreich abgeschlossen, bundeswehr.de, 30.11.2006.

19 Franz-Josef Jung: Für Demokratie und Stabilität, bundesregierung.de, 17.03.2006.

20 Stütze, Walter: Hände weg vom Kongo, Tagesspiegel, 13/14.04.2006.

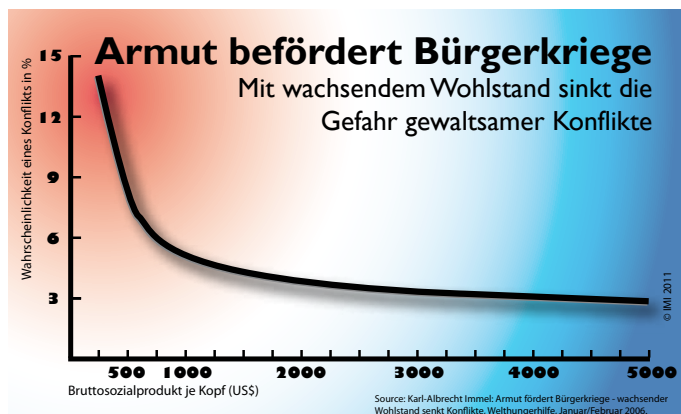
21 Johnson, Dominic: Kongo hat die Wahl: China oder IWF, taz, 28.05.2009.

### 3. EU-Interessen II: Neoliberale Globalisierung, Armut, Krieg

Ein weiteres zentrales EU-Interesse besteht ganz grundsätzlich in der Aufrechterhaltung des bestehenden – neoliberalen – Weltwirtschaftssystems bzw. seiner Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen. Dass dieses Wirtschaftssystem die dramatische Verarmung unzähliger Menschen vor allem in Afrika verursacht hat, scheint in der EU niemanden zu stören.<sup>22</sup>

Im Gegenteil, wenn überhaupt wird die neoliberale Außenwirtschaftspolitik der EU in letzter Zeit sogar noch forciert. Exemplarisch seien hierfür die Aussagen von EU-Kommissionschef José Manuel Barroso in seinen „Politischen Leitlinien für die nächste Kommission“ vom 3. September 2009 angeführt: „Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde hat auch weiterhin oberste Priorität. Aber wir müssen uns auch für Freihandelszonen und Handelsvereinbarungen einsetzen und sicherstellen, daß bei Handelsrunden die Interessen der EU gewahrt werden. [...] Wir müssen daher stärker als bisher alle Register unserer Außenpolitik ziehen, um so mit ‚sanfter Gewalt‘ solide Ergebnisse für die EU-Unternehmen und -Bürger zu erzielen. Das europäische Interesse muss in kohärenter Weise entschlossen geschützt und gefördert werden.“<sup>23</sup>

Damit nimmt die EU aber die fortgesetzte Verarmung der so genannten Dritten Welt zugunsten der eigenen Konzerninteressen billigend in Kauf, eine Entscheidung mit maßgeblichen Auswirkungen auf die Frage von Krieg und Frieden in der Welt. Denn nicht etwa religiöse oder ethnische Konflikte, Habgier o.ä., wie man uns stets weismachen will, sind der ausschlaggebende Faktor für das Ausbrechen von Bürgerkriegen, sondern Armut. Dies ist eine Tatsache, die in der Kriegsursachenforschung nahezu unbestritten ist. Selbst die Weltbank kam in einer bahnbrechenden Studie zu dem Ergebnis: „Empirisch ist das auffälligste Muster, dass sich Bürgerkriege besonders auf arme Staaten konzentrieren. Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht. Somit kann unser zentrales Argument bündig zusammengefasst werden: die zentrale Konfliktsache (central root cause of conflict) ist das Scheitern ökonomischer Entwicklung.“<sup>24</sup>



Hält man demzufolge an der neoliberalen Politik fest – und nichts deutet, wie gesagt, derzeit auf einen Kurswechsel hin –, so bleibt den EU-Strategen wenig anderes übrig, als mit militärischen Mitteln den Dampfkessel der hierdurch verursachten Armutskonflikte notdürftig unter Kontrolle zu halten; zumindest dort, wo durch diese Konflikte relevante EU-Interessen gefährdet werden. Erschreckend offen wird dies im Sammelband „What ambitions for European defence in 2020?“ eingeräumt. Das Buch wurde vom EU-eigenen „Institute for Security Studies“ veröffentlicht und ist derzeit eines der wichtigsten Dokumente zur Zukunft der EU-Militärpolitik. Dort heißt es: „Abschottungsoperationen [Barrier operations] – die globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen absichern. Da der Anteil der Weltbevölkerung, die in Elend und Frustration leben, erheblich bleiben wird, werden die Spannungen und Spillover-Effekte zwischen ihrer Welt und der der Reichen weiter zunehmen. Weil wir wahrscheinlich dieses Problem bis 2020 nicht an seiner Wurzel gelöst haben werden, [...] müssen wir unsere Barrieren verstärken. [...] Um die Ströme der Globalisierung zu schützen, sind globale militärische Kapazitäten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlich.“<sup>25</sup>

Statt auf die Armutsbekämpfung konzentriert sich die Europäische Union augenscheinlich auf die Bekämpfung der Armen. Ein konkretes Beispiel für die Zusammenhänge zwischen neoliberalem Weltwirtschaftssystem, Verarmung und westlichen Militäreinsätzen stellt die Pirateriebekämpfung in Afrika dar.

22 Vgl. zum Zusammenhang von Armut und Neoliberalismus u.a. Nel, Philip: The Return of Inequality, in: Third World Quarterly, No. 4/2006, S. 689-706; Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The “Real” History of Free Trade, Foreign Policy in Focus, Special Report, December 2003.

23 Barroso, Manuel: Politischen Leitlinien für die nächste Kommission, Brüssel, 3. September 2009, S. 35.

24 Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003; Congressional Budget Office: Enhancing US Security Through Foreign Aid, Washington, DC, April 1994; vgl. auch UN Millennium Project: Investing in Development,

New York 2005; Nafziger, Wayne: Development, inequality, and war in Africa, in: The Economics of Peace and Security Journal, No. 1/2006, S. 13-19; Rice, Susan E./Graff, Corinne, Lewis, Janet: Poverty and Civil War: What Policymakers Need to Know, Brookings Working Paper, December 2006; vgl. für eine hervorragende Literaturübersicht Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 36ff.

25 Ries, Thomas: The globalising security environment and the EU, in: Vasconcelos, Álvaro de (ed.): What ambitions for European defence in 2020?, Institute for Security Studies, Paris 2009?, S. 61-74, S. 73.



## 4. Globalisierung und Krieg: Pirateriebekämpfung

Wo liegen die Ursachen für das „Piraterieproblem“ am Horn von Afrika vor der Küste Somalias? Somalia war in den 1980er Jahren in die so genannte „Schuldenfalle“ geraten. Um zahlungsfähig zu bleiben, musste das Land vom Internationalen Währungsfonds Geld leihen, der im Gegenzug Strukturanpassungsprogramme verordnete: Rückbau des Staates, Öffnung für westliche Investitionen und Produkte, Abbau von Sozialleistungen, etc.<sup>26</sup>

In der Folge brach Somalia zusammen, es entstand das, was man heute einen „gescheiterten Staat“ nennt. Die Küstenwache konnte nicht mehr entlohnt werden und wurde entlassen. Da dadurch niemand mehr zur Verfügung stand, um die 12-Meilen-Zone zu kontrollieren, wurde diese anschließend u.a. von EU-Fischfangtrawlern leergeräumt, womit zahlreichen dortigen Fischern die Lebensgrundlage entzogen wurde.<sup>27</sup>

26 Vgl. Chossudovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002, S. 109-117; Ihonvbere, Julius O.: The World Bank/IMF Structural Adjustment Programs and the Somali Crisis, A paper prepared for the symposium on „Towards Conflict Resolution in the Horn of Africa,“ November 19, 1994, URL: <http://www.hartford-hwp.com/archives/33/006.html> (15.02.2010).

27 Vgl. Haydt, Claudia: Kanonenboote und Piraten: NATO, EU und die Kontrolle der Meere, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Kein Frieden mit der NATO, Tübingen 2009, S. 11-15; Pflüger, Tobias: Gefährliche Gewässer, junge Welt, 23.10.2008.

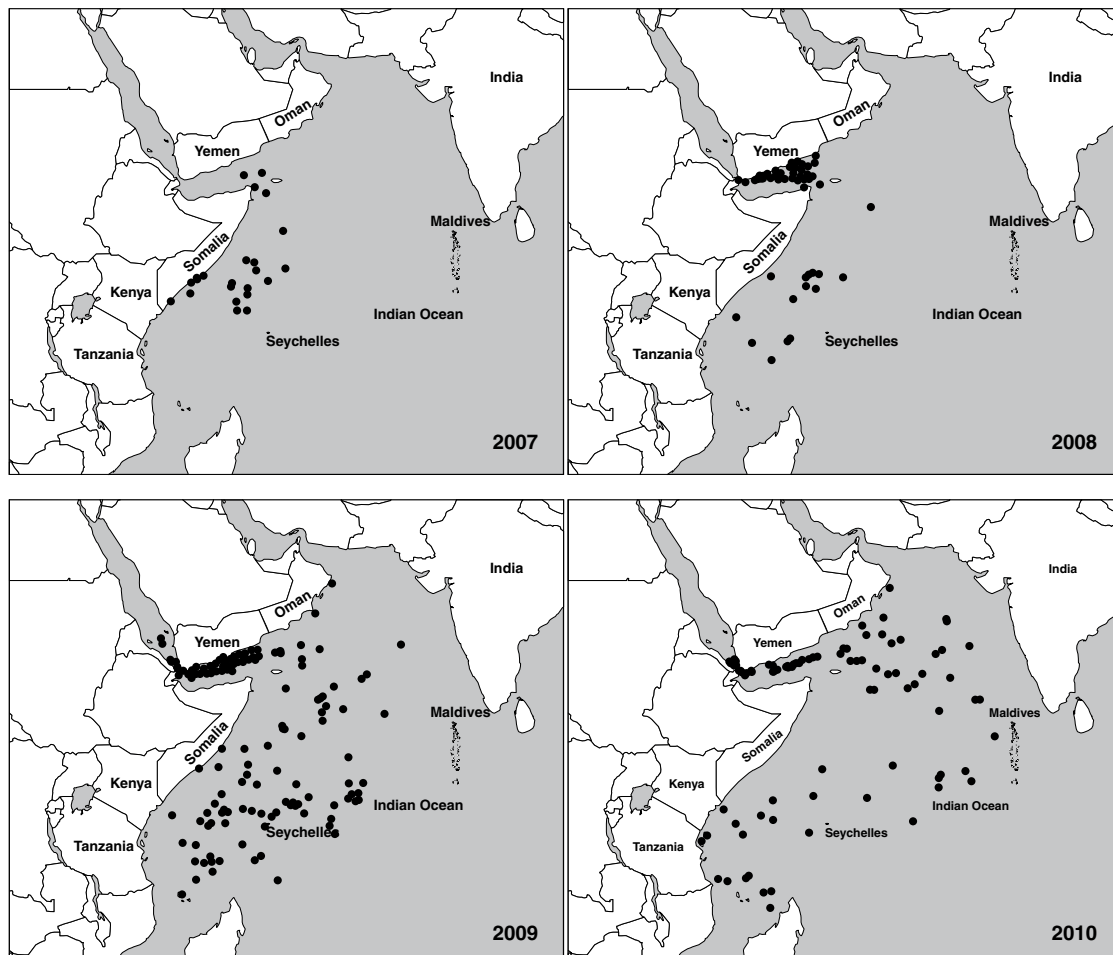
Aus Küstenwache und verarmten Fischern setzten sich dann die ersten „Piraten“ zusammen, die nun Schiffe aufbringen und – aus Sicht der EU – den freien Warenverkehr, den „Strom der Globalisierung“, stören. Anstatt die Ursachen anzugehen, entsendet die EU seit 2008 im Rahmen der Mission ATALANTA Kriegsschiffe in die Region. Sie sollen ein Problem wortwörtlich bekämpfen, dessen Ursache viel mit der EU-Interessenspolitik zu tun hat und dessen Lösung auch genau dort ansetzen müsste.<sup>28</sup>

Insofern ist es umso zynischer, dass der ATALANTA-Einsatz ein Schlag ins Wasser ist und das Problem sogar vergrößert hat: Anzahl und Aktionsradius der Piraterie haben mit Beginn der Operation sprunghaft zugenommen, wie aus einer Studie des „Government Accountability Office“, einer US-Regierungsbehörde, hervorgeht (siehe Grafik).<sup>29</sup>

28 Vgl. Mahnkopf, Birgit: Piraten am Horn von Afrika – eine neue Gefahr für die globale Sicherheit? in: Roithner, Thomas (Hg.): Söldner, Schurken, Seepiraten: Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der „neuen“ Kriege, Wien 2010, S. 139-164.

29 Maritime Security: Actions Needed to Assess and Update Plan and Enhance Collaboration among Partners Involved in Countering Piracy off the Horn of Africa, United States Government Accountability Office, Report to Congressional Requesters, September 2010, S. 80.

Figure 11: Successful and Attempted Pirate Attacks off the Coast of Somalia, January 2007 to June 2010



Source: GAO analysis of International Maritime Bureau data (data); Map Resources (map).

## Teil II: Militärkooperation und Afrikanische Sicherheitsarchitektur

Die Bereitschaft der Europäischen Union, zur Durchsetzung der eigenen Interessen die militärische Karte zu zücken, ist offensichtlich. Gleichzeitig wird in nahezu allen EU-Strategiepapieren davon ausgegangen, dass es künftig häufiger „Bedarf“ für Militäreinsätze in Afrika (und anderswo) geben dürfte: „Jüngste Untersuchungen legen nahe, dass die Zahl an Bürgerkriegen erneut ansteigt und die Europäische Union davon ausgehen kann, vermehrt dazu aufgefordert zu werden, Soldaten in Ländern oder Regionen zu stationieren, die gerade einen Konflikt hinter sich haben.“<sup>30</sup>

Und genau hier tut sich aus EU-Sicht ein immenses Problem auf – nämlich, dass die hierfür erforderlichen Kapazitäten nicht vorhanden sind: Das US-Militär geht in seinen Berechnungen davon aus, dass für die Stabilisierung – sprich: Kontrolle – einer Krisenregion 20 Soldaten auf 1.000 Einwohner benötigt werden. Hieraus ergibt sich allein für den Kongo ein Truppenbedarf von etwa 1,2 Mio. Soldaten. Allein die Stabilisierung der 20 am schwersten von Bürgerkriegen heimgesuchten Länder würde eine Truppe von über 10 Mio. Soldaten erfordern.<sup>31</sup> Es liegt auf der Hand, dass diese Ressourcen nicht zur Verfügung stehen (und niemals zur Verfügung gestellt werden). Und genau hier kommt die europäisch-afrikanische Militärkooperation ins Spiel, mit der die Europäische Union das Ziel verfolgt, lokale Streitkräfte aufzubauen, die EU-Interessen - im Idealfall im Auftrag der Afrikanischen Union (AU) - stellvertretend durchsetzen sollen.

Konkret trägt die Europäische Union dabei auf viererlei Weise zur Militarisierung Afrikas bei: *Erstens* über EU-Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, bei denen afrikanische Militär- und Polizeieinheiten aufgebaut und ausgebildet werden (so genannte Sicherheitssektorreformen); *zweitens* wird der Aufbau der „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“, nebst einer „Friedenstruppe“ für Militärinterventionen, von der Europäischen Union sowohl logistisch wie auch finanziell massiv unterstützt; *drittens* werden Einsätze der Afrikanischen Union direkt aus EU-Töpfen finanziert – sofern diese EU-Interessen dienen; und *viertens* findet eine systematische Verzahnung zwischen EU- und AU-Militäreinsätzen statt („Bridging-Modell“).

30 Korski, Daniel/Gowan, Richard: Can the EU rebuild failing states? ECFR Policy Paper, October 2009, S. 39.

31 Preble, Christopher /Logan, Justin: Failed States and Flawed Logic: The Case against a Standing Nation-Building Office, CATO Policy Analysis no. 560, January 11, 2006, S. 18.

### Truppenbedarf für „Stabilisierungseinsätze“

Land	Rang	Bevölkerung	benötigte Truppen
Elfenbeinküste	1	17,298,40	345,961
DR Congo	2	60,085,804	1,201,716
Sudan	3	40,187,486	803,750
Irak	4	26,074,906	521,498
Somalia	5	8,591,629	171,833
Sierra Leone	6	6,017,643	120,353
Tschad	7	9,826,419	196,528
Jemen	8	20,727,063	414,541
Liberia	9	3,482,211	69,644
Haiti	10	8,121,622	162,432
Afghanistan	11	29,928,987	598,580
Ruanda	12	8,440,820	168,816
Nord-Korea	13	22,912,177	458,244
Kolumbien	14	42,954,279	859,086
Zimbabwe	15	12,746,990	254,940
Guinea	16	9,467,866	189,357
Bangladesh	17	144,319,628	2,886,393
Burundi	18	6,370,609	127,412
Dominikanische Republik	19	8,950,034	179,001
Zentralafrikanische Republik	20	3,799,897	75,998

Quelle: Christopher Preble/Justin Logan: *Failed States and Flawed Logic: The Case against a Standing Nation-Building Office*, CATO Policy Analysis no. 560, January 11, 2006, p. 18. Zahlen auf Basis von Angaben des Pentagon-Beratungsgremiums „Defence Science Board“.

### I. Sicherheitssektorreformen: Aufbau von Repressionsorganen

Sicherheitssektorreformen sind mittlerweile zu einem Kernstück der EU-Interessenspolitik in Afrika (und anderswo) geworden.<sup>32</sup> Ursprünglich stammt das Konzept aus der Entwicklungszusammenarbeit und verfolgte das Ziel, die Sicherheitskräfte eines Landes – also Polizei, Militär und Geheimdienste – demokratisch zu kontrollieren und für Menschenrechtsfragen zu sensibilisieren. Die Praxis zeigt aber, dass Demokratie und Menschenrechte zugunsten sicherheits- und wirtschaftspolitischer Interessen des Westens in den Hintergrund treten. Eine aktuelle Studie des „Zentrums für Transformation der

32 Toje, Asle: The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, Institute for Security Studies, Paris, Occasional Paper Nr. 74, December 2008. Vgl. für eine kritische Übersicht zu Sicherheitssektorreformen Schürkes, Jonna: Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten, in: IMI (Hg.): Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 31-41.

*Kooperation auf Augenhöhe.  
Quelle: EUSEC Congo.*



Bundeswehr“ zur Energiesicherheit Deutschlands belegt, wie unumwunden man bereit ist, allem Gerede von Menschenrechten und „europäischen Werten“ zum Trotz, mit Sicherheitssektorreformen autoritäre Machthaber zu unterstützen, solange diese EU-Interessen fördern: „Vor dem Hintergrund der immensen Kosten von umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen ist [...] zu prüfen, ob ein gezielter Ausbau der Befähigung zur konzentrierten Ausbildung von Sicherheitskräften der zu unterstützenden Staaten eine ausreichende Befähigung bei der Unterstützung von Stabilisierungsbemühungen darstellt. Dies könnte als ‚Stabilisierung light‘ die Zahl der einzusetzenden Streitkräfte möglicherweise insgesamt erheblich verringern. [...] Dies könnte abhängig von der Energieversorgungslage zu Kompromissen bei Demokratisierungsbemühungen und politischer Konditionalität gegenüber den Staaten der Region bis hin zur Unterstützung autoritärer Regime führen.“<sup>33</sup>

Sicherheitssektorreformen dienen also vor allem dazu, „befreundeten“ Machthabern die Repressionsapparate aufzubauen, damit sie sich gegen innenpolitische Gegner an der Macht halten können – mit fatalen Folgen, wie sich anhand einiger Beispiele zeigen lässt.

### **Das Beispiel Kongo (EUPOL und EUSEC)**

Um Joseph Kabila zu stützen, startete die Europäische Union neben zwei Militäreinsätzen im Jahr 2005 zusätzlich zwei bis heute andauernde Missionen zur Sicherheitssektorreform: EUSEC RD Congo konzentriert sich darauf, eine schlagkräftige Armee aufzubauen; EUPOL-KINSHASA (nun umbenannt in EUPOL RD Congo) hat u.a. zum Ziel, den Aufbau paramilitärischer Integrierter Polizeieinheiten (Integrated Police Units, IPUs) zu überwachen und anzuleiten. Als Ziel sollen schlussendlich 38.000 Polizisten ausgebildet werden.<sup>34</sup>

Ihren „Wert“ für Präsident Joseph Kabila stellten diese Einheiten Mitte 2005 unter Beweis, als dieser, wie bereits erwähnt, die ursprünglich für 2004 vorgesehenen Wahlen erneut verschob – mutmaßlich, weil er Sorge hatte, die Wahl zu verlieren. Die daraufhin einsetzenden Proteste der Zivilbevölkerung wurden von Polizei und Militär mit scharfen Waffen angegriffen. Es gab in mehreren Städten Tote und Verletzte, deren genaue Zahl bis heute unklar ist.

33 Zentrum für Transformation der Bundeswehr: Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg, Juli 2010, S. 58 und 63.

34 Gebrewold-Tochalo, Belachew: Anatomy of violence: understanding the systems of conflict and violence in Africa, Farnham 2009, S. 126.



Quelle: EUTM  
Somalia.

Auch in der Folge gab es zahlreiche Berichte, dass sowohl Armee als auch Polizei im Kongo schwere Menschenrechtsverletzungen begehen.<sup>35</sup>

Auf die zunehmend autoritäre Herrschaft, die Joseph Kabila nach seinem „Wahlsieg“ errichtete, wurde bereits hingewiesen. Mittels mehrerer neuer Gesetze verbesserte Kabila im Januar 2011 auch seine Aussichten auf eine weitere Amtsperiode erheblich, weshalb mit neuen Konflikten zwischen der Regierung sowie der Opposition zu rechnen ist: „In der Demokratischen Republik Kongo ist die nächste Präsidentschaftswahl vorentschieden. Nach der Nationalversammlung am Mittwoch [den 13. Januar 2011] stimmte am Donnerstag auch der Senat als zweite Parlamentskammer in Kinshasa für Verfassungsänderungen, die die Wiederwahl des Präsidenten Joseph Kabila erleichtern. [...] In weiteren Änderungen erhält der Staatschef das Recht, Provinzregierungen aufzulösen und Provinzgouverneure abzusetzen. [...] Kongos Opposition überlegt nun, ob sie zu Protesten aufruft. Am Donnerstag kam es an der Universität von Kinshasa (Unikin) zu Gewalt zwischen Studenten und der Polizei, die nach unterschiedlichen Berichten zwei bis fünf Tote forderte.“<sup>36</sup>

35 Vgl. Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights and the activities of her Office in the Democratic Republic of the Congo, A/HRC/13/64, 28.01.2010, S. 4; Council of the European Union: Concept of Operations (CONOPS) for the extended CSDP SSR Police Mission and its interface with justice in the Democratic Republic of Congo (DRC), 13159/10, Brussels, 18 February 2011.

36 Johnson, Dominic: Kabila sichert sich den nächsten Wahlsieg, taz, 15.01.2011; vgl. auch The Risks of Recentralization in the DRC, Stratfor, 09.02.2011.

### Das Beispiel EU-SSR Guinea Bissau

Im Juli 2008 startete die Europäische Union im westafrikanischen Staat Guinea-Bissau die Mission EU-SSR Guinea-Bissau. Sie sollte offiziell helfen, Gendarmeriekräfte aufzubauen und die Grundlage für die zukünftige Ausbildung und Ausrüstung der Sicherheitskräfte schaffen.

Im August 2010 erklärte die EU das - laut Pressemitteilung „erfolgreiche“ - Ende der Mission. Von Erfolg konnte aber keinerlei Rede sein, ebenso wenig wie von einer wie auch immer gearteten demokratischen Kontrolle der lokalen Streitkräfte: Im März 2009 war nicht nur Präsident João Bernardo Vieira von Soldaten ermordet worden, sondern wenige Stunden zuvor auch der Militärführer Tagmé Na Wai. Das Militär revoltierte auch gegen die neue Regierung und brachte im April 2010 den Ministerpräsidenten des Landes vorübergehend in seine Gewalt, entführte den ehemaligen Oberkommandierenden der Marine aus dem Büro der Vereinten Nationen und erklärte den Generalstabschef für abgesetzt. Die daraufhin ausbrechenden Unruhen wurden von Armee-Einheiten unterdrückt. Obwohl während EU-SSR Guinea Bissau die Sicherheitskräfte reformiert werden sollten, mordeten, entführten und putschten sie im Verlauf der Mission.<sup>37</sup>

37 Schürkes, Jonna: »Statebuilding light«. Sicherheitssektorenreformen als Herrschaftstechnik, in: Wissenschaft & Frieden 4/2010.

## Das Beispiel EUTM Somalia

Die jüngste der derzeitigen EU-Missionen ist EUTM-Somalia, die im Mai 2010 begann. Ihr Ziel ist es, 2.000 somalische Soldaten für die Übergangsregierung (TFG) durch europäische Militärs auszubilden. Aufgrund der gefährlichen Situation in Somalia findet die Ausbildung in Uganda statt. Die TFG wurde überhaupt erst 2006 mit dem Sturz der Regierung der Islamischen Gerichtshöfe (UIC) durch eine vom Westen tatkräftig unterstützte Invasion Äthiopiens, bei der 16.000 Menschen starben, an die Macht gebracht.<sup>38</sup>

Derzeit kontrolliert die TFG jedoch kaum mehr als das Viertel um den Präsidentenpalast in Mogadischu.<sup>39</sup> Von einer Reform eines „Sicherheitssektors“ kann bei EUTM keine Rede sein, sondern vielmehr von der Bewaffnung einer Bürgerkriegspartei: „Es gibt keine militärische Struktur in Somalia, in die die Soldaten eingegliedert werden. Sie werden als bewaffnete Gruppe nach Mogadischu verbracht, um dort ebenso wie alle anderen Gruppen um die Macht im Land zu kämpfen – nur sind sie von der EU ausgebildet, von den USA finanziert und von Uganda bewaffnet.“<sup>40</sup>

Nun könnte man gerade wegen der Menschenrechtsverletzungen, die von Armee und Polizei in Ländern wie dem Kongo, Guinea Bissau oder in Somalia begangen werden einwenden, genau deshalb seien Sicherheitssektorreformen erforderlich. Doch Menschenrechtsfragen dienen allenfalls zur Legitimation, in der Praxis werden sie vollkommen nachrangig behandelt: „Wie wenig die verantwortlichen Regierungen wissen, was sie dort tun und vor allem auch wie wenig es sie interessiert, zeigen die Antworten der deutschen Bundesregierung auf Anfragen im Bundestag. So kann nicht einmal ausgeschlossen werden, dass auch Kindersoldaten im Rahmen von EUTM ausgebildet werden.“<sup>41</sup>

Trotz der verheerenden Bilanz bisheriger Sicherheitssektorreformen stehen weitere Einsätze auf dem Programm. So wurde etwa Ende Januar 2011 bekannt, dass die Europäische Union über Maßnahmen zum Ausbau der Sicherheitskräfte in Mali, im Niger und in Mauretanien nachdenkt.<sup>42</sup> Im Gegenzug müssten diese Länder aber auch ihrerseits höhere Investitionen in diesem Bereich tätigen, so die deutliche Forderung des EU-Anti-Terrorbeauftragten: „Aber all diese Bemühungen der Europäischen Union erfordern es auch, dass die nationalen Behörden der Länder der Sahelzone ebenfalls in ihre Sicherheit investieren.“<sup>43</sup>

Das ist insofern hochproblematisch, als die Länder der Sahelzone ohnehin bereits an akuter Nahrungsmittelknappheit leiden. Zumal etwa ein Land wie Mali schon heute 13% seines Budgets für Militär ausgibt.<sup>44</sup>

## 2. Afrikanische Union: Militärbündnis als Sachwalter für EU-Interessen?

Die Militärkapazitäten einzelner afrikanischer Staaten werden mittlerweile in einer eigenen Regionalorganisation gebündelt: Offiziell wurde die Afrikanische Union (AU), unter deren Dach auch die „Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur“ aufgebaut wird, im Juli 2002 mit der Verabschiedung ihrer Gründungscharta ins Leben gerufen. Die Europäische Union hat offenbar ein großes Interesse daran, die AU und den Aufbau dieser Sicherheitsarchitektur voranzutreiben. Als Begründung dient die Floskel von der „African Ownership“, mit der vorgegaukelt wird, man wolle den Kontinent in die Lage versetzen, seine Probleme eigenständig lösen zu können. Tatsächlich schafft die Europäische Union als größter AU-Geldgeber<sup>45</sup> gezielt Abhängigkeiten, denn die Organisation ist auch „längerfristig auf die Unterstützung durch internationale Geber angewiesen.“<sup>46</sup>

Die Afrikanische Union trat die Nachfolge der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) an. Die noch von den Erfahrungen der Entkolonialisierung beeinflusste OAU war geprägt vom „Leitmotiv [...] der Unantastbarkeit der nationalen Souveränität und demzufolge der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates.“<sup>47</sup> Auf den ersten Blick scheint sich dies geändert zu haben, was von Befürwortern einer solchen Entwicklung unter Verweis auf Artikel 4h der AU-Gründungsakte begründet wird. Dort heißt es, es sei „das Recht der Union, auf Beschluss der Versammlung in einem Mitgliedsstaat zu intervenieren und zwar im Hinblick auf schwerwiegende Umstände, namentlich: Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“<sup>48</sup> Daraus ergibt sich jedoch kein Freibrief für beliebige Militärinterventionen, wie etwa der Völkerrechtler Norman Paech betont: „Dieses ‚Recht‘ durchbricht aber nicht das Gewaltverbot und das Gebot der Nichteinmischung, die gleichfalls als Grundsätze (f) und (g) in der AU-Charta genannt werden und durch ihre Verankerung in der UN-Charta übergeordnete Gültigkeit haben (Art. 103 UN-Charta). Das Recht zur Intervention ist nur mit der Zustimmung des Mitglied-

38 Vgl. Axe, David: Somalia, Redux: A More Hands-Off Approach, CATO Policy Analysis, no. 649/2009; Wagner, Jürgen: AMISOM in Somalia. Nächste Militärmission mit EU-Entwicklungshilfegeldern, in: AUSDRUCK (Juni 2007).

39 Bloching, Sebastian: ISIS' Hot-spot Forecast fort he EU's CSDP in 2011, ESR Briefing 1, February 2011, S. 4.

40 Schürkes 2010 (»Statebuilding light«).

41 Schürkes 2010 (»Statebuilding light«).

42 Vgl. Europe Diplomacy & Defence, Nr. 381, 19.01.2011.

43 De Kerchove: How to fight Al Qaeda in Sahel, Afroofline, 01.09.2010.

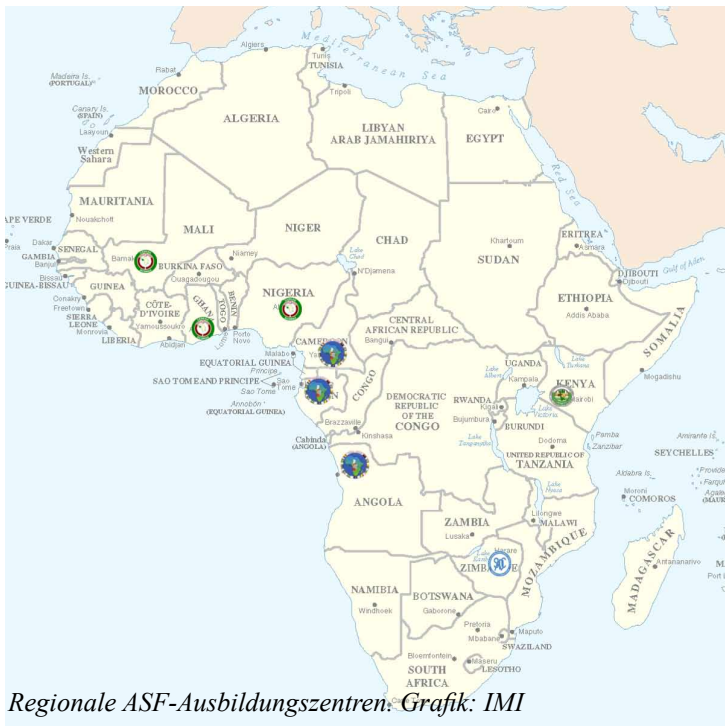
44 Background Note: Mali, US Department of State, Bureau of African Affairs, March 18, 2010, URL: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2828.htm> (15.02.2011).

45 Gänzle, Stefan/Franke, Benedikt: African Developments: Continental Conflict Management – a glass half full or half empty? Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Briefing Paper 7/2010, S. 1.

46 Kinzel, Wolf: Afrikanische Sicherheitsarchitektur – ein aktueller Überblick, GIGA Focus 1/2007, S. 2.

47 Kinzel 2007, S. 6.

48 The Constitutive Act, Article 4(h), URL: [http://www.africa-union.org/root/au/aboutau/constitutive\\_act\\_en.htm](http://www.africa-union.org/root/au/aboutau/constitutive_act_en.htm) (15.02.2011).



Regionale ASF-Ausbildungszentren: Grafik: IMI

### Einsatzspektrum der African Standby Force

„Für die möglichen Einsätze der ASF sind mehrere Konfliktszenarien entworfen worden, die die Grundlage zur Aufstellung und zeitlichen Einsatzfähigkeit der ASF bilden:

Szenario 1: Bereitstellung von militärischem Sachverstand im Rahmen einer politischen Mission, wie zuletzt an der Côte d’Ivoire,

Szenario 2: paralleler Einsatz einer AU- und einer UN-Mission,

Szenario 3: Einsatz einer „Beobachtermission“,

Szenario 4: Einsatz im Rahmen einer „einfachen“ AU Peacekeeping Force,

Szenario 5: Peacekeeping innerhalb eines komplexen multidimensionalen Einsatzes,

Szenario 6: Intervention der ASF, falls die UN nicht rechtzeitig reagieren.“ (Kinzel 2007, S. 3)

staates oder auf Grund einer Resolution des Sicherheitsrats gemäß Artikel 39 und 42 der UN-Charta aktivierbar.<sup>49</sup> Dennoch werden zumeist aus der AU-Gründungscharta weitgehende Befugnisse für militärische Eingriffe in andere Mitgliedsstaaten abgeleitet. So heißt es etwa in einer Studie des „Institute for Security Studies“ in Pretoria: „Es ist möglich, dass Umstände entstehen, unter denen die AU vielleicht die Stationierung einer Truppe auch ohne eine Autorisierung des UN-Sicherheitsrates beschließen muss.“<sup>50</sup>

### 3. Die Afrikanische Eingreiftruppe

Die afrikanische Sicherheitsarchitektur setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen: „[Sie] umfasst u.a. einen afrikanischen Friedens- und Sicherheitsrat, einen Militärausschuss und ein Frühwarnsystem bzw. Lagezentrum, das Krisen und Konflikte auf dem Kontinent beobachtet. Kernstück soll eine 15.000 Mann umfassende Eingreiftruppe (African Standby Force, ASF) sein, welche sich aus regionalen Brigaden [...] zusammensetzt.“<sup>51</sup> Konkret heißt das, die ASF besteht aus Soldaten der EASBrig (Ostafrika); ECOBrig (Westafrika); SADCBrig (Südafrika); NORTHBrig (Nordafrika); CENTBrig (Zen-

tralafrika). Das Einsatzspektrum der Afrikanischen Eingreiftruppe umfasst das gesamte denkbare Spektrum – von Beobachtermissionen bis hin zu „robusten“ Militärinterventionen (siehe Kasten).

Ende 2010 wurde die African Standby Force im gesamten Operationsspektrum für einsatzfähig erklärt.<sup>52</sup> Damit steht nun also eine Truppe zur Verfügung, auf die bei „Bedarf“ zurückgegriffen werden kann, um so die ohnehin am Rande der Kapazitäten agierenden westlichen Interventionstruppen zu entlasten. Dies jedenfalls scheint von Anfang an die Kernidee gewesen zu sein: „‘Boots on the ground‘ in Form leichter Infanterie, häufig Engpass in der ‚westlichen Welt‘, wären in der ASF ausreichend vorhanden.“<sup>53</sup>

Der Aufbau der African Standby Force wurde seitens der Europäischen Union bislang mit etwa 100 Mio. Euro massiv unterstützt. Die Gelder hierfür stammen aus der „African Peace Facility“ und damit aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (s.u.).<sup>54</sup> Finanziert werden dabei u.a. die fünf ASF-Ausbildungszentren, worüber die Europäische Union in der Lage ist, erheblichen Einfluss auszuüben: „De facto wird die Ausbildung und Aufstellung der ASF von europäischen Staaten über die Finanzierung dieser Zentren und der Entsendung europäischer Militärs in entscheidenden Posten innerhalb der Ausbildungszentren kontrolliert.“<sup>55</sup>

49 Paech, Norman: Operationen gegen „gescheiterte Staaten“ Ersatz für die „humanitäre Intervention“: Im Sudan könnte erstmals nach dem Prinzip der „Responsibility to protect“ interveniert werden, Freitag 52, 22. Dezember 2006.

50 Dersso, Solomon A.: The role and place of the African Standby Force within the African Peace and Security Architecture, ISS Paper 209, Januar 2010, S. 9f.

51 Gurka, Kevin/Marischka, Christoph/Schürkes, Jonna: Arming Africa: „Global Governance“ mit „Boots on the Ground“: Krisenmanagement in Afrika, in: IMI 2010, S. 23-30, S. 25.

52 AU Standby Force now ready to move, East African Sun, 05.12.2010.

53 Kinzel 2007, S. 7.

54 African Peace Facility, URL: [http://ec.europa.eu/europe-aid/where/acp/regional-cooperation/peace/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe-aid/where/acp/regional-cooperation/peace/index_en.htm) (15.02.2011).

55 Gurka/Marischka/Schürkes 2010, S. 27. Zusätzlich fließen auch Gelder aus einzelnen EU-Staaten. So finanziert Deutschland bspw. das Kofi Annan International Peacekeeping Training Center in Accra in Ghana (KAIPTC) und die École de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye in Bamako in Mali.

Einsätze der Afrikanischen Union. Quelle: Peace and Security in Africa: The African Peace Facility  
[http://ec.europa.eu/europeaid/multimedia/videos/peace-facility/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/multimedia/videos/peace-facility/index_en.htm)



#### 4. EU-Entwicklungshilfe für afrikanische Kriegseinsätze

In Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist eindeutig festgelegt, dass die EU-Entwicklungshilfe für die unmittelbare Armutsbekämpfung vergeben werden muss: „Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich [der Entwicklungszusammenarbeit] ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut.“ Dennoch werden Entwicklungshilfegelder in immer größerem Umfang regelrecht zweckentfremdet. Das wichtigste Mittel hierfür ist die im April 2004 eingerichtete „Afrikanische Friedensfazilität“ (African Peace Facility, APF), die aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanziert wird.<sup>56</sup> Zur Aufgabe der APF heißt es auf deren Internetseite: „Die Finanzierung friedensunterstützender Einsätze stellt die Hauptaufgabe der African Peace Facility dar.“<sup>57</sup>

Unklar ist, wie viele EU-Länder APF-Gelder als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) abrechnen, die Möglichkeit hierzu wurde von der EU-Kommission jedenfalls bereits 2003 gefordert.<sup>58</sup> Dies ist insofern zentral, da die Höhe der ODA-Gelder darüber entscheidet, ob die Industriestaaten ihrem Versprechen von 1970 nachkommen, 0,7% des BIP

<sup>56</sup> Vgl. zur Entstehung der APF Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility for Africa - Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005, S. 99-119. Auch ein zweites EU-Instrument, das für Stabilität, vergibt Gelder zum Aufbau der Afrikanischen Sicherheitsarchitektur. Siehe Gänzle/Benedikt 2010, S. 4.

<sup>57</sup> African Peace Facility, URL: [http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/peace/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/peace/index_en.htm) (15.02.2011).

<sup>58</sup> „Damit zur Unterstützung friedenssichernder Maßnahmen in Afrika mehr Mittel zur Verfügung stehen, wäre es angebracht,

#### Afrikanische „Friedenstruppe“: RECAMP-Szenario

Bis heute ist die ehemalige Kolonialmacht Frankreich einer der wesentlichen EU-Akteure in Afrika. Nicht selten werden dabei französische Interessen hinter einem EU-Mäntelchen versteckt. Die Militärhilfe Frankreichs ist seit 1998 unter dem Programm RECAMP (Renforcement des capacités africaines au maintien de la paix) gebündelt, mit dem afrikanische Militärs auf allen Ebenen trainiert werden. Mittlerweile ist RECAMP ein europäisches Programm und heißt jetzt „Amani Africa – EuroRECAMP“ und wird u.a. über die Peace Facility finanziert.

Auch hier zeigen die Planspiele, welche EU-Interessen bei der Finanzierung von AU-Interventionen Priorität haben. Unter französischer Leitung werden im Rahmen von RECAMP in Workshops und Übungen mehr oder weniger fiktive Szenarien durchgespielt. Das Szenario von RECAMP IV im Jahr 2004 beinhaltet drei Länder (Gelb, Blau und Orange) und eine Region (Grün), die zwei der Länder umfasst und in der Öl gefunden wurde. Innerhalb der grünen Region regt sich Widerstand, der militärisch bekämpft wird. Zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Kontrolle der Ölvorkommen wird eine multinationale afrikanische Truppe entsendet. Ihr Mandat umfasst „die Unterstützung beim Aufbau der für die Ausbeutung der Ölressourcen und stabile politische Verhältnisse notwendigen wirtschaftlichen Strukturen.“ (RECAMP IV: General Scenario, URL: <http://www.recamp4.org/uk/scenario.php> (15.02.2011))

## Amerikanisch-Afrikanische Sicherheitskooperation

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die USA ihr militärisches Engagement in Afrika zwar nicht auf null reduziert, aber doch zunächst erheblich eingeschränkt. Spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 kehrt sich dieser Trend wieder massiv um. Nahezu parallel wurde die Rolle des Kontinents für die Zukunft der US-Energieversorgung massiv aufgewertet, worin viele Beobachter die eigentliche Ursache für das neu erwachte Interesse sehen. So gab der Nationale Geheimdienst der USA bereits im Dezember 2000 das strategische Ziel aus, im Jahr 2015 allein aus Westafrika rund 25% (damals noch 16%) des US-Öl-Bedarfs importieren zu wollen.<sup>1</sup>

Wie bereits angedeutet, scheinen diese Ölinteressen auch maßgeblich die Gründung des AFRICOM veranlasst zu haben. Das ist zumindest der Verdacht vieler Menschen in Afrika, wie ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses feststellt: „Es gibt einige Besorgnis hinsichtlich der US-Motivation hinter der Schaffung von AFRICOM. Viele Afrikaner fürchten, dass der Schritt einen neokolonialen Versuch repräsentiert, die Region militärisch beherrschen zu wollen. [...] Viele betrachten die amerikanischen Anti-Terrormaßnahmen in Afrika skeptisch und die Meinung scheint weit verbreitet zu sein, dass die wesentliche Aufgabe des neuen Kommandos die Jagd nach Terroristen und die Sicherung des US-Zugangs zu afrikanischem Öl sein wird. Amerikanische Außenpolitikanalysten haben in den letzten Jahren der chinesischen Rolle in Afrika zunehmende Aufmerksamkeit zukommen lassen und diese Aufmerksamkeit führte zu Fragen, ob ein Afrika-Kommando nicht Teil eines neuen Kampfes um Einfluss auf dem Kontinent sein könnte.“<sup>2</sup>

Zwar verfügen die USA über zahlreiche kleinere Stützpunkte (sog. „lily pads“) und auch über eine große Militärbasis in Afrika (Camp Lemonier in Dschibuti), bislang gelang es aber aufgrund der oben beschriebenen Vorbehalte nicht, ein „Gastland“ für das AFRICOM-Hauptquartier zu finden, das deshalb weiterhin in Stuttgart residiert. Der neue AFRICOM-Chef Carter Ham kündigte kürzlich jedoch an, erneut auf die Suche nach einem afrikanischen Land gehen zu wollen, in das das AFRICOM-Hauptquartier verlegt werden könnte.<sup>3</sup> Ein Land, das hierfür mittlerweile ins Spiel gebracht wird, ist der Südsudan, dessen Abspaltung vom Norden die USA (wie auch die Europäische Union) massiv unterstützt haben und dessen Machthaber sich bereits als aufgeschlossen gegenüber einer solchen Idee gezeigt haben.<sup>4</sup>

Darüber hinaus sind die USA mittels zahlreicher Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramme auf dem Kontinent engagiert. Die Ausbildung von Offizieren aus Subsahara-Afrika findet insbesondere im Rahmen des „International Military Education and Training“ (IMET) statt. Hierfür wurden (zusammen einem weiteren Programm namens „Foreign Military Financing“) im Jahr 2008 20,4 Mio. Dollar ausgegeben. Im Jahr 2009 waren es bereits 23,6 Mio. und 2010 dann 34 Mio. Für 2011 sind 39,8 Mio. vorgesehen. Nicht nur Ausbildungs-, sondern auch Ausstattungshilfe findet im Rahmen der 2002 gestarteten

„Pan-Sahel Initiative“ (PSI) statt. Sie wurde 2005 umbenannt und firmiert mittlerweile unter dem Namen „Trans Sahara Counter-Terrorism Partnership“. Im Rahmen dieses Programms werden Spezialeinheiten der offiziellen Streitkräfte der meisten Sahara-Staaten ausgerüstet, ausgebildet und auch operativ unterstützt, um Mitglieder des Al-Kaida Netzwerkes in Nordafrika zu bekämpfen. Da viele der beteiligten Staaten an solch einer Unterstützung interessiert sind, simulieren oder übertreiben sie die tatsächlichen terroristischen Aktivitäten in ihrem Land und bezichtigen gelegentlich aufständische Gruppen und Nomadenstämme der Zusammenarbeit mit Al-Kaida.<sup>5</sup> Hierfür wurden zwischen 2005 und 2009 insgesamt 490 Mio. Dollar in folgenden Ländern ausgegeben: Algerien, Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal und Tunesien. Schließlich gibt es noch die „Global Peace Operations Initiative“ (GPOI), die im Jahr 2003 aus einer G8-Initiative zur Ausbildung von Soldaten für friedenserzwingende, „robuste“ Einsätze hervorging. Im Rahmen von GPOI führen die USA ein eigenes Programm, „African Contingency Operations Training and Assistance“ (ACOTA), durch. Über ACOTA wurden nach Angaben des US-Außenministeriums mittlerweile 154.000 „Peacekeeper“ aus über 20 afrikanischen Ländern ausgebildet. Das Budget betrug 2009 etwa 50 Mio. Dollar.<sup>6</sup>

### Anmerkungen

1 National Intelligence Council: Global Trends 2015, NIC 2000-02, December 2000.

2 Ploch 2010, S. 25.

3 General Carter Ham Testifies Before Senate Armed Services Committee on Nomination as Commander, U.S. Africa Command, 18.11.2010.

4 Vgl. Wagner, Jürgen: Südsudan: Neue Heimat des AFRICOM? Westliche Planspiele für eine dauerhafte Militärpräsenz, in: AUSDRUCK (Februar 2011).

5 Gurka/Marischka/Schürkes 2010, S. 29.

6 Vgl. zu den zahlreichen Aspekten der US-Ausbildungs- und Ausstattungshilfe Ploch 2010, S. 22ff.



US-Ausbildungsprogramm im Senegal.  
Quelle: US-Verteidigungsministerium



für Entwicklungshilfe auszugeben. Um als ODA anrechenbar zu gelten, müssen Entwicklungsleistungen aber – eigentlich – der unmittelbaren Armutsbekämpfung dienen. Immer häufiger wird jedoch versucht, Ausgaben mit eindeutigen Sicherheitsbezug als ODA abzurechnen (und so die Rüstungshaushalte zu entlasten). Zynisch gesagt ist eine deutliche Erhöhung der Entwicklungshilfe kein Problem, wenn das Geld dann für „Sicherheit“ und nicht für Armutsbekämpfung verwendet werden kann. Deutschland jedenfalls rechnet seine Gelder für die Peace Facility als ODA ab, wie im Februar 2010 von der Bundesregierung eingeräumt wurde.<sup>59</sup> Um es deutlich zu sagen: Diese Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe ist skandalös.

Insgesamt wurden bis Ende 2010 über die African Peace Facility 740 Mio. Euro verausgabt. Das Gros – bislang 600 Mio. Euro – wurde zur Finanzierung von AU-Einsätzen verwendet. Mit diesem Geld wurden die bereits abgeschlossenen Einsätze im Sudan (AMIS) und auf den Komoren (AMISEC) erheblich mitfinanziert. Im Falle von AMIS deckten die APF-Gelder von 305 Mio. Euro 2/3 der Gesamtkosten. Außerdem werden über die Peace Facility die AU-Mission in Somalia (AMISOM) sowie in der Zentralafrikanischen Republik (MICOPAX) unterstützt.<sup>60</sup>

Ohne die Peace Facility wären AU-Einsätze nicht finanzierbar,<sup>61</sup> womit die EU die Organisation in völliger Abhängigkeit hält. Es versteht sich hier von selbst, dass Einsätze, die nicht im EU-Interesse liegen, sicherlich auch nicht finanziert würden und demzufolge auch nicht stattfinden werden. Darüber hinaus stellte die Europäische Union unmissverständlich klar, jederzeit selbst militärisch intervenieren zu wollen, sollte die Interessenslage dies gebieten: „Zur Stärkung der Fähigkeiten Afrikas zur Durchführung friedensunterstützender Operationen wird die Europäische Union auf lange Sicht die Verbesserung der Fähigkeiten Afrikas zur Durchführung friedensunterstützender Operationen auf regionaler, subregionaler und bilateraler Ebene sowie seiner Fähigkeiten, einen Betrag zur regionalen Integration, zum Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung zu leisten, unterstützen. Ungeachtet dieser verbesserten Fähigkeiten werden die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten weiterhin - einzelfallbezogen - in

Erwägung ziehen, ihre eigenen operativen Mittel zur Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung in Afrika im Einklang mit den Grundsätzen der UN-Charta und in enger Zusammenarbeit mit UN-Maßnahmen in der Region einzusetzen.“<sup>62</sup>

## 5. Afrikanisch-europäische Kriegseinsätze aus einem Guss

Wie ersichtlich geworden sein sollte, umfassen die militärischen Aktivitäten der Europäischen Union auf dem afrikanischen Kontinent ein überaus breites Spektrum. Die Klammer zwischen EU-Militäreinsätzen und solchen der Afrikanischen Union bildet dabei das Bridging-Modell. Die Anfangsphase einer Militärintervention soll dabei, so der Plan, von hochtechnisierten EU-Einheiten ausgeführt werden, für die daran anschließenden längerfristigen Auseinandersetzungen sollen jedoch afrikanische Truppen und danach welche unter Flagge der Vereinten Nationen den Kopf hinhalten. Eine genaue Beschreibung dieses „Dreiklangs“ liefert eine Analyse der „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „Zur raschen Gefahrenabwehr könnten die hochmobilen EU-Batlegroups eingesetzt werden. Anschließend übernimmt die ASF im Rahmen einer Peacekeeping-Operation, und zwar mit größeren Kontingenten „Boots on the ground“, also in Form leichter Infanterie. Diese Kräfte werden von mobilen luftverlegbaren Einsatzkräften der EU unterstützt. Nachfolgend übernehmen die UN mit einer mittelfristigen nachhaltigen Stabilisierungstruppe den weiteren Friedensprozess.“<sup>63</sup>

Offensichtlich spiegelt dieser „Dreiklang“ hauptsächlich das EU-Interesse wider, AU-Truppen zur Unterstützung der eigenen Interessensdurchsetzung (und nur dort) einsetzen zu können: „[Das] ‚Bridging Modell‘ ermöglicht es der EU, die Agenda zu setzen, wann, wo und wie interveniert wird. Wer zuerst kommt, im ‚kleinen‘ Kontingent, etwa als Luftkrieg oder unter Drohneneinsatz, wird kaum Verluste erleiden. Nur der, der auch bleiben soll, der die Infanterie im Land einsetzen soll und der den Konflikt ‚nachhaltig‘ mit Waffengewalt befrieden soll, verliert Menschenleben und ist auch verantwortlich für das - und das sei hier gesagt - zwangsläufige Scheitern einer gedachten ‚nachhaltigen‘ militärischen Befriedung jeglichen Konfliktes.“<sup>64</sup>

innerhalb des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) einen Konsens zu suchen, um das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe als unterstützungswürdig geltende Hilfespektrum auszuweiten auf die Unterstützung der afrikanischen Kapazitäten zur Durchführung friedenssichernder und damit zusammenhängender Maßnahmen.“ Mitteilung der Kommission: Der EU-Afrika-Dialog, Brüssel, den 23.6.2003 KOM(2003) 316 endgültig, S. 10.

59 Bundestags-Drucksache 17/766

60 African Peace Facility, URL: [http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/peace/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/regional-cooperation/peace/index_en.htm) (15.02.2011).

61 Gurka/Marischka/Schürkes 2010, S. 25.

62 Gemeinsamer Standpunkt 2004/85/GASP des Rates vom 26. Januar 2004, Artikel 1.

63 Kinzer, Wolf: Die African Standby Force der Afrikanischen Union, SWP-Studien, Juli 2008, S. 27.

64 Mickan, Thomas: Die UN und der neue Militarismus (Teil II), in: AUSDRUCK (Juni 2010), S. 11-16, S. 15.

## Fazit

Laut dem ehemaligen RECOMP-Botschafter Gabriel de Bellescize sei es das Ziel der europäisch-afrikanischen Militärkooperation, den Afrikanern zu helfen „die Architekten ihres eigenen Glücks zu werden.“<sup>65</sup> Aus dem hier gebotenen Überblick sollte jedoch deutlich geworden sein, dass diese Zusammenarbeit stattdessen ein wesentliches Mittel zur Durchsetzung von EU-Interessen geworden ist. Selbst das EU-eigene „Institute for Strategic Studies“ kritisierte dabei den dezidiert paternalistischen Charakter der EU-Afrika-Beziehungen mehr als deutlich: „Der EU-Ansatz gegenüber Frieden und Sicherheit in Afrika leidet weiterhin unter einer Reihe von Widersprüchen. Die Rhetorik der Partnerschaft zwischen Gleichen wird durch die inadäquaten AU-Kapazitäten und den Bedarf nach materieller Unterstützung durch die EU in Frage gestellt; die Rhetorik der Solidarität gegenüber dem afrikanischen Kontinent wird von der Verfolgung der eigenen sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen der Einzelstaaten überschattet; die Rhetorik des Dialogs wird von der EU-Tendenz in Frage gestellt, ihre [...] eigenen Werte und ihre Agenda in ihren Beziehungen mit dem afrikanischen Kontinent voranzutreiben.“<sup>66</sup>

Bei der europäisch-afrikanischen Militärkooperation geht es nicht darum, Afrika in die Lage zu versetzen, seine Probleme selbst zu lösen, sondern es zu befähigen, EU-Interessen stellvertretend militärisch durchsetzen zu können. Armut und Ausbeutung sind die wesentlichen Probleme Afrikas, nicht zu wenig Militär. „Da die strukturellen Ursachen dieser Dauerkrise nicht zur Diskussion stehen, richtet man sich auf deren kontinuierliches Management ein. Anstatt der Ursachen werden diejenigen Symptome bekämpft, die als Bedrohung für den globalen Norden wahrgenommen werden.“<sup>67</sup> Die europäisch-afrikanische Militärkooperation dient lediglich dazu, dieses Krisenmanagement aus westlicher Sicht möglichst kosteneffizient zu gestalten – zulasten der Menschen in Afrika.

<sup>65</sup> Gurka/Marischka/Schürkes 2010, S. 28.

<sup>66</sup> Pirozzi, Nicoletta: EU Support to African Security Architecture: Funding and Training Components, Institute for Security Studies, Paris, Occasional papers 76, Februar 2009, S. 7.

<sup>67</sup> Gurka/Marischka/Schürkes 2010, S. 23.





## Sabine Lösing, MdEP

Büro Brüssel:  
Europäisches Parlament  
Sabine Lösing  
Rue Wiertz ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 7894  
Fax: 0032-2-284 9894  
Mail: [sabine.loesing@europarl.europa.eu](mailto:sabine.loesing@europarl.europa.eu)  
Mitarbeiterin: Ota Jaksch und  
Theresa Wögerbauer

Bürgerbüro:  
Abgeordnetenbüro Sabine Lösing  
Obere Maschstr. 22  
37073 Göttingen  
Tel.: 0551-50766823  
Fax: 0551-50766838  
Mail: [europabuero-loesing@web.de](mailto:europabuero-loesing@web.de)  
Mitarbeiterin: Julia Focks

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:  
Europabüro Berlin  
Sabine Lösing, MdEP  
Unter den Linden 50  
10178 Berlin  
Tel.: 030-227 71405  
Fax: 030-227 76819  
Mail: [sabine.loesing@europarl.europa.eu](mailto:sabine.loesing@europarl.europa.eu)  
Mitarbeiter: Arne Brix